

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Benin - 1995**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1996) : Benin - 1995, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1995: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 91-94

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301813>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Benin - 1995

**Fläche:** 112.622 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 5,25 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 48, **Alphabetisierungsrate:** 34%, **HDI** 0,332, **Rang** 30, **Wechselkurs:** \$ 1 = 490 F CFA, **Pro-Kopf-Einkommen:** 370 \$ , **BSP:** \$ 1954 Mio. , **Anteil am BIP:** 36% - 13% - 51%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 44%, Erdöl 5%, **Staats- und Regierungschef:** Nicéphore Soglo , **Regierungspartei:** Renaissance du Bénin (RB), größere **Oppositionsparteien:** Parti du Renouveau Démocratique (PRD), Parti Social-Démocrate (PSD), Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-Alafia), Notre Cause Commune (NCC).

Parlamentswahlen im März sowie der anlaufende Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 1996 prägten die Innenpolitik. Die neue rechtsstaatliche Struktur der Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Verfassungsgericht bewährte sich u.a in Auseinandersetzungen um Haushaltsfragen und die Politik der Strukturanpassung. Der zum ersten Mal in Benin abgehaltene Frankophonie-Gipfel Anfang Dezember brachte dem Staatschef willkommenen Prestigezuwachs. Ein terroristischer Anschlag im Vorfeld des Gipfeltreffens führte zur Einschränkung der Aktivitäten oppositioneller Kräfte um Kérékou.

### *Innenpolitik*

Die Parlamentswahlen im März sowie die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr bestimmten das innenpolitische Klima. Die gegen den Willen der Regierung im Dez. 1994 eingerichtete regierungsunabhängige Nationale Wahlkommission (Commission électorale nationale autonome; CENAS) konnte ihre Aufgabe, die Vorbereitung und Überwachung der anstehenden Wahlen, erst mit Verspätung im Februar mit der Ernennung des Vorsitzenden der Kommission aufnehmen (7 der 17 Mitglieder sind Frauen). Das neue Wahlgesetz und Wahlverfahren (Listenwahl) wurde erst im Februar, wiederum gegen den Willen der Regierung, die ein Mehrheitswahlrecht vorzog, verabschiedet.

Der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen (28.3.), zu dem ebenso viele unterschiedliche Parteien antraten wie es Parlamentssitze gab (83 Parteien, davon 50 Parteien zu 31 Listen zusammengeschlossen), wurde kaum inhaltlich geführt. Letztendlich zählten nur Geld (zum Kauf der Wählerstimmen), Patronage und regionale Herkunft ("les fils du terroir"). So gewannen z.B. die beiden größten Parteien - die Renaissance du Bénin (RB) Staatspräsident Soglos und die Parti du Renouveau Démocratique (PRD) seines Widersachers Adrien Houngbédji (Parlamentspräsident) - die meisten Stimmen in den Heimatprovinzen ihrer Führer, Zou und Ouéme. Trotz der zahlreichen zum Wahlkampf angetretenen Parteien zeichneten sich Tendenzen zu einer Bipolarisierung der Parteienlandschaft um die beiden größten Parteien, die RB mit 20 Sitzen und die PRD mit 19 Sitzen, ab. Die hauptsächlich im Norden (Borgou und l'Atakora) verankerte und dem ehemaligen Staatspräsidenten Kérékou nahestehende Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-al-Hafia) gewann 10, und die Sozialdemokratische Partei Bruno Amoussous, des neuen Parlamentspräsidenten, 8 Sitze. Die

umstrittene Kandidatur und Wahl der Frau Soglos, Rosine, und des Schwagers des Staatspräsidenten, Désiré Viéyra (Verteidigungsminister), gab den Anschuldigungen der Vetternwirtschaft gegenüber dem "Soglo-Clan" neue Nahrung.

Während der Parlamentswahlen wurde auch das Zusammenspiel und die gegenseitige Kontrolle von Nationaler Wahlkommission, Regierung und Verfassungsgericht erfolgreich einer ersten Bewährungsprobe unterzogen. Dadurch gewann der Wahlablauf in Bezug auf Fairness und Transparenz an Glaubwürdigkeit, was auch die internationalen Wahlbeobachter bestätigten. Die Parlamentswahlen waren gekennzeichnet durch eine relativ hohe Wahlbeteiligung von 73,6%. Die Wahlbeteiligung lag damit um über 22% höher als bei den Parlamentswahlen 1991. In Wahlbezirken, wo Wahlunregelmäßigkeiten beanstandet wurden (überwiegend im Süden, in der Provinz Atlantique, wo allein 9 von insgesamt 13 annullierten Sitzen zu verzeichnen waren), ordnete das angerufene Verfassungsgericht am 17.04. Nachwahlen an, die reibungslos verliefen. Insgesamt gewannen 18 Parteien Sitze im Parlament; nur sechs der 83 Abgeordneten waren Frauen.

Das neue Parlament konstituierte sich am 20.4. in Porto Novo, der Landeshauptstadt. Durch einen geschickten politischen Schachzug, ein Bündnis mit der offiziell der Opposition zugehörenden Sozialdemokratischen Partei Bruno Amoussous, gelang es Soglo, die Wahl Amoussous, des ehemaligen Vizepräsidenten des Parlaments, zum neuen Parlamentspräsidenten durchzusetzen und damit seinen alten Widersacher Houngbédji abzuwählen. Die Zusammensetzung der neuen Regierung gab Soglo am 23.6. bekannt. Viéyra blieb Verteidigungsminister - und als einziger Minister im Rang eines Staatsministers - heimlicher Ministerpräsident. Paul Dossou, ein enger Vertrauter und Weggefährte Soglos und Verfechter der Strukturanpassungspolitik der Weltbank und des IWF, erhielt den Posten des Finanzministers. Im Laufe des Jahres gründete Dossou überraschenderweise eine eigene Partei (Nouvelle génération; NG); vermutlich waren dafür weniger Differenzen mit dem Staatsoberhaupt als vielmehr wahltaktische Gründe ausschlaggebend; Dossou hätte größere Chancen als Soglo, auch im Norden des Landes Stimmen zu gewinnen und könnte bei einer Koalition mit der RB zur Verbesserung der Wahlchancen Soglos bei den kommenden Präsidentschaftswahlen beitragen. In der neuen Regierung waren Frauen zwar immer noch unterrepräsentiert, sie konnten aber mit vier von insgesamt 20 Kabinettsmitgliedern die Frauenquote gegenüber dem alten Kabinett verdoppeln; ebenfalls vier Kabinettsmitglieder galten als Vertreter des Nordens in der Regierung, unter ihnen der neue und alte Landwirtschaftsminister Mame Amadou N'Diaye. Der kommunistischen Partei Benins (PCB), die noch von ihrem Rénomé als einziger (verbotener) Oppositionspartei unter der Kérékou-Diktatur zehrte, bot Soglo den Posten des Justizministers an. Die PCB hatte Soglo bisher in seinen politischen Auseinandersetzungen mit den "Kérékisten" unterstützt, bekam nun aber kalte Füße, angesichts des von Soglo weiterhin unterstützten Strukturanpassungsprogramms und der Wahlniederlage ihres Kandidaten bei den Nachwahlen in der Provinz Atlantique; die PCB schlug daher das Angebot der Regierungsbeteiligung aus.

Im September hielt die RB einen erfolgreichen Parteikongreß ab. Es gelang Soglo, zehn Parteien hinter sich zu scharen, womit er sich gute Chancen für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen Anfang 1996 ausrechnete. Im Oktober führte Soglo weitgehende Umbesetzungen in den Provinzverwaltungen durch, die nun verstärkt mit RB-Sympathisanten besetzt wurden. Am 22.9. brachte Albert Tévoedjré, Führer einer der in den Parlamentswahlen weit abgeschlagenen links-liberalen Parteien (NCC), eine Gesetzesvorlage im Parlament ein, die die Kandidatur für die Präsidentschaft allen denjenigen Kandidaten versagte, die eine doppelte Staatsbürgerschaft (wie Soglo) besaßen. Das Parlament stimmte mit großer Mehrheit für dieses Gesetz, dem jedoch später das Verfassungsgericht unter Leitung der international anerkannten resoluten Präsidentin Elisabeth Pognon seine Zustimmung verweigerte. Das Verfassungsgericht hob außerdem eine Entscheidung der Regierung aus dem Vorjahr

auf, die die Bildung einer nationalen Studentenvereinigung blockierte. Damit zeigte sich abermals, daß das rechtsstaatliche Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Verfassungsgericht fest verankert und gut eingespielt war.

Die Vorbereitung des Frankophonie-Gipfeltreffens in Cotonou im Dez. wurde am 15.11. überschattet von einem Terroranschlag auf das neu errichtete Konferenzzentrum. Die Sicherheitskräfte machten dafür Anhänger Jean-Claude Soglos, eines Cousins des Staatspräsidenten sowie Kreise der militärischen Opposition um Tawes (dem ehemaligen Leiter der Präsidialwache Kérékou) verantwortlich; ein Verdächtiger wurde bei einem Feuegefecht mit Sicherheitskräften erschossen. Angeblich diente das Attentat der Vorbereitung eines Putschversuches. Diese Begründung nahm die Regierung zum Vorwand, um verschiedene Anhänger Kérékou zu inhaftieren oder bei der Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen zu behindern. Die FARD hatte sich bereits am 15.9. öffentlich für eine abermalige Kandidatur Kérékou für das höchste Staatsamt ausgesprochen.

## *Außenpolitik*

Die Problematik der togoischen Flüchtlinge in Benin beeinträchtigte das Verhältnis zur togoischen Regierung. Bis zum August hatte sich letztere geweigert, die Existenz der ca. 130.000 togoischen Flüchtlinge auf Beniner Territorium zuzugeben (s. Togo). Die Regierung in Lomé warf der Beniner Regierung vor, das Flüchtlingsproblem zu dramatisieren, um von der internationalen Flüchtlingshilfe profitieren zu können. Bei den "angeblichen" Flüchtlingen handele es sich in Wirklichkeit um Beniner, die nur Flüchtlingshilfe abkassieren wollten oder um togoische "Wirtschaftsflüchtlinge". In einem im August abgeschlossenen Rückführungs-Abkommen zwischen dem Flüchtlings-Hilfwerk der VN (UNHCR) und den beiden betroffenen Regierungen erkannte Lomé zum ersten Mal offiziell die Existenz togoischer Flüchtlinge in Benin an. Deren Zahl reduzierte sich bis Ende des Jahres auf etwa 27.000; rund 10.000 davon wurden vom UNHCR als politisch Verfolgte angesehen, die bei einer Rückkehr mit staatlich sanktionierten Repressionsmaßnahmen zu rechnen haben, und daher vorläufig nicht repatriiert werden sollten.

Anfang Dezember fand in Cotonou mit großem protokollarischen Aufwand das sechste Gipfeltreffen der Francophonie (Vereinigung der französisch sprechenden bzw. frankophonen Staaten) statt. Es galt allgemein als Verdienst Soglos, dieses prestigeträchtige politisch-kulturelle Ereignis und die damit verbundenen beträchtlichen Investitionen (ca. \$ 40 Mio, finanziert von Frankreich, Kanada und Belgien) in den Ausbau und die Rehabilitierung der Infrastruktur der Hauptstadt zum ersten Mal nach Benin geholt zu haben.

## *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Die Parlamentsabstimmung über den Haushalt 1995 am 7.12.94 verlief - anders als bei der Beratung des '93er Haushalts, als die Haushaltsabstimmung in einen "Budgetkrieg" zwischen Regierung und Parlament ausgeartet war - reibungslos. Der Gesamthaushalt war mit F CFA 204 Mrd. um 2,8% niedriger angesetzt als im Vorjahr; trotzdem mußten von den Gesamtausgaben immer noch 83 Mrd. über ausländische Hilfe finanziert werden. Der ursprüngliche Haushaltsansatz erwies sich im Laufe des Jahres, vor allem wegen beträchtlicher Steigerungen bei den Sozialausgaben (u.a. Miet- und Familienbeihilfen für den öffentlichen Dienst), als unrealistisch. Im September verabschiedete das Parlament einen Ergänzungshaushalt der mit 327 Mrd. um 12% höher lag; der Investitionshaushalt ( 180

Mrd.) stieg sogar um 24%. Ende des Jahres lebte der "Budget-Krieg" zwischen Soglo und dem Parlament dann doch wieder auf, als es um die Abstimmung über den Haushalt 1996 sowie über die Ratifizierung des dritten Strukturanpassungsprogramms (SAP) ging. Das Parlament verweigerte am 28.12. die Zustimmung zum SAP das zusätzliche Privatisierungsaufgaben für strategisch wichtige Staatsbetriebe wie die SONACOP (Benzin und Treibstoffvermarktung) vorsah. Mit der Verweigerungshaltung der oppositionellen Abgeordneten, die im Parlament die Mehrheit hielten, sah Soglo nicht nur den SAP-Kredit in Höhe von \$ 98 Mio. sondern auch seinen Haushaltsentwurf für das Jahr 1996, die darin vorgesehenen sozialen Abfederungsmaßnahmen des SAP III sowie die Durchführung der Präsidentschaftswahlen im März 1996 akut gefährdet. Soglo entschied sich daraufhin per Dekret zu regieren, was den Konflikt mit dem Parlament vorprogrammierte. Wie bereits beim Budget-Krieg von 1994 wurde Ende des Jahres der Konflikt dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Probleme verursachte auch die Inflationsspirale in Folge der CFA-Abwertung, die in Benin bedenklichere Dimensionen angenommen hatte als in den meisten anderen Ländern der Franc-Zone. Die Preissteigerungen für Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs wurden auf über 43% geschätzt (1994: 54%) und lagen damit weit über den Vorgaben der Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft der CFA-Zone (UEMOA) von 36%. Die im Mai von der Regierung eingeführten Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation, wie ein Exportverbot für Nahrungsmittel, Aufhebung von Importmonopolen für bestimmte Grundnahrungsmittel, und Maßnahmen gegen den zunehmenden Schmuggel verfehlten die angestrebten Ziele. Der gesetzlich fixierte Mindestlohn lag demgegenüber bei F CFA 20 300 per Monat, was nicht ausreichte, um den Lebensunterhalt zu sichern. Der geringe Teil der Bevölkerung, der im modernen Lohnsektor beschäftigt ist (ca. 2%) wies zwar einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf (ca. 75%), die insgesamt vier freien Gewerkschaftsverbänden sind aber zu schwach und der wirtschaftliche Spielraum für Verteilungskämpfe war zu gering, als daß die Gewerkschaften bessere Bedingungen für ihr Klientel erkämpfen konnten. Unter diesen Bedingungen sind immer mehr Städter auf Verdienste im informellen Sektor oder auf Zusatzverdienste in der Landwirtschaft und wirtschaftliche sowie soziale Absicherung in ihren Heimatdörfern angewiesen. Die Zahl der zumeist dörflichen registrierten nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen (NRO) stieg seit der Wende sprunghaft von 25 (1988) auf über 1.200 (1995) an. Allerdings waren für dieses Aufblühen der NRO nicht nur die schiere Not sondern oft auch zweckfremde politische Motive (Stimmenwerbung für die anstehenden Wahlen) sowie die Spekulation auf Abzweigung von Entwicklungshilfe zum privatwirtschaftlichen Gewinn der Leiter dieser Organisationen verantwortlich. Im Gesundheitswesen war eine Regierungs-Kampagne gegen weibliche Beschneidung (die nicht illegal ist) in Zusammenarbeit mit internationalen NRO bemerkenswert. Etwa 4% der Frauen, besonders im Norden, leiden unter diesen traditionell tief verankerten und daher schwer ausrottbaren Praktiken.

Im September wurde ein Vertrag zum Bau einer westafrikanischen Gas-Pipeline von den Escravos-Erdölfeldern im südöstlichen Nigeria bis nach Ghana von den Regierungen der beteiligten Staaten (Nigeria, Benin, Togo, Ghana) unterzeichnet. Allerdings war die Finanzierung dieses \$ 260 Mio teuren joint-venture zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung noch nicht gesichert; nach der bisherigen Planung soll ab 1999 mit der Lieferung von jährlich 50 Mio qqm begonnen werden.

*Dirk Kohnert*

## **Chronologie Benin 1995**

- 18.01. Offizieller Besuch des Staatschefs in Nigeria
- 22.01. Offizieller Besuch des chinesischen Außenministers in Cotonou
- 03.02. Gründung der unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENA)
- 28.03. Parlamentswahlen
- 17.04. Annullierung der Wahlergebnisse in 13 Wahlbezirken durch Verfassungsgericht
- Juni Parlament konstituiert sich mit neuem Parlamentspräsidenten, Bruno Amoussou
- 23.06. Regierungsbildung
- 14.07. Besuch des Staatspräsidenten in Washington; Kabinettsumbildung
- 02.-05.12. Sechstes Frankophonie-Gipfeltreffen in Cotonou
- 28.12. Ablehnung eines Kreditabkommens mit der Welbank durch das Parlament